



Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 12/2009

Aus dem Inhalt:

- 17. Wahlperiode -Rück- und Ausblicke...
- Haushalt 2010
- Wachstumsbeschleunigungsgesetz
- Afghanistan
- Klimagipfel
- Terminhinweise

Der 17. Bundestag... RÜCKBLICK UND AUSBLICK

Liebe Leserinnen und Leser,

der 17. Deutsche Bundestag hat sich konstituiert, unsere Fraktion hat sich neu zusammengesetzt und ist (leider) kleiner geworden (von 222 auf jetzt 146 Mitglieder). Die Arbeitsgruppen und Ausschüsse wurden besetzt. Die Fraktionsführung ist gewählt, ebenso wie die Ausschussvorsitzenden und die Arbeitsgruppensprecherinnen und –sprecher. Ich wurde von meiner Fraktion zur Vorsitzenden des Haushaltsausschusses gewählt, als erste Frau übrigens. Nach parlamentarischem Brauch führt immer die größte Oppositionsfraktion diesen Ausschuss. Eine neue, spannende Aufgabe wird das sein, dem größten und - wie viele auch sagen - dem „mächtigsten“ Ausschuss vorzusitzen. Eine Aufgabe, in der ich der neuen Regierung kritisch auf die Finger schauen werde. Wir starten mit den Beratungen zum Haushalt 2010, die im Januar beginnen werden!

Und etwas andere ist auch neu für mich in dieser Legislaturperiode: Da mein Kollege, Klaus-Uwe

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 77262 • 📠 (030) 227 – 76263

✉ petra.merkel@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Goethestr. 80 • 10623 Berlin • ☎ (030) 3138882 • 📠 (030) 31800168

www.petra-merkel.de

Benneter, der bislang SPD-Bundestagsabgeordneter von und für Steglitz-Zehlendorf war, bei der Bundestagswahl im September sein Mandat nicht wieder erlangen konnte, habe ich die Betreuung dieses Wahlkreises übernommen. Das bedeutet, dass ich nun auch dort Ansprechpartnerin bin für „Alles rund um den Bundestag“ und dass ich mich im Bundestag auch der Themen annehme, die diesen Bezirk betreffen.

Ansonsten gibt es nichts schönzureden – das Wahldebakel der SPD bei der Bundestagswahl war sicherlich der Tiefpunkt in diesem Jahr. Jetzt gilt es voran zu blicken! Unsere Inhalte werden wir breit diskutieren – innerhalb und außerhalb der Partei. Denn wir brauchen neue gesellschaftliche Bündnisse und Partner.

Aus dem Bundestag

TRAUMPAAR WURDE IN REKORDZEIT ZUM ALPTRAUMPAAR

Die Bundesregierung beginnt ihre Amtszeit mit einer Serie von Negativrekorden: Handlungsunfähigkeit in Rekordzeit, Querelen ohne Ende, Ministerrücktritt in Rekordzeit, aber auch ein rekordverdächtiges Maß an finanzpolitischer Verantwortungslosigkeit, die sich im „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ und den Entwurf für den Haushalt 2010 widerspiegelt. Auch die letzte Sitzungswoche in diesem Jahr, die am Freitag zu Ende ist, zeigte das „Rumgeeiern“ deutlich:

FINANZEN UND HAUSHALT

HAUSHALT 2010

Bundesfinanzminister Schäuble hat uns im Haushaltsausschuss direkt nach Kabinettsbeschluss über die Eckpunkte des Haushaltes 2010 unterrichtet.

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2009/28068704_kw51_haushalt/index.html

Deutlich wurde, wie sehr die Opposition die „Zukunft verspielt“. Die Wirtschaftsdaten haben sich deutlich verbessert gegenüber den Schätzungen des Sommers – dies ist auch den konjunktur- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Großen Koalition zu verdanken. Der ursprüngliche Entwurf für den Haushalt 2010 von damaligen Finanzminister Peer Steinbrück, den er im Sommer 2009 vorlegte, ging von anderen, schlechteren Voraussetzungen aus und hatte deshalb eine extreme Neuverschuldung. Jetzt sind die Zahlen besser, die Einnahmen besser als gedacht, die Ausgaben für den Arbeitsmarkt geringer als im Sommer geschätzt – und was macht die schwarz-gelbe Regierung? Anstatt die Neuverschuldung um eben diese zehn Milliarden Euro abzusenken, ver-

schleudert Bundesminister Schäuble diesen Spielraum (der ihn in den Schoß gefallen ist) und verteilt Wahlgeschenke, die nach Einschätzung aller Experten kein Wachstum bringen werden!

Die Rekordneuverschuldung hätte also nicht in voller Höhe kommen müssen! Es bleibt damit bei der alten, jetzt nicht mehr zu rechtfertigenden Höhe von rund 86 Milliarden Euro. Statt des möglichen notwendigen Einstiegs in die Rückführung der Neuverschuldung legt Schwarz-Gelb mit diesen zusätzlichen Belastungen des Haushaltes die Latte für die notwendige Konsolidierung in den Jahren 2011 bis 2016 noch höher. Die neue Schuldenregel im Grundgesetz, die von der Großen Koalition in der Föderalismuskommission II erarbeitet wurde, sieht vor, dass 2016 die strukturelle Neuverschuldung des Bundes bei 0,35% des Bruttoinlandproduktes liegen darf, das sind ungefähr 10 Mrd. Euro. Das bedeutet aber auch, dass ab 2011 nun Jahr für Jahr jeweils rund 13 Milliarden Euro im Bundeshaushalt eingespart werden müssen:

Wo will die Regierung Merkel/Westerwelle diese 13 Milliarden Euro pro Jahr kürzen? Welche Steuern oder Abgaben sollen erhöht werden? Dazu kein Wort. Es fehlt ein Konzept für die mittelfristige Perspektive. Bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen sollen die Bürger im Ungewissen gelassen werden, sie sollen sich in Sicherheit wiegen.

WACHSTUMSVERHINDERUNGSGESETZ

Heute hat die Mehrheit der CDU-regierten Bundesländer im Bundesrat dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz wider besseres Wissen zugestimmt. Ihre Zustimmung wurde von Merkel erkaufte. Damit schneiden sie sich und vor allem ihren Kommunen tief ins eigene Fleisch. Allen Warnungen zum Trotz, hat die Bundesregierung das Gesetz durchgedrückt. Damit fehlen Bund, Ländern und Kommunen 2010, in der durch die Finanzkrise ohnehin angespannten Lage, weitere 8,5 Milliarden Euro, die nicht in Zukunft investiert werden können, sondern in Steuergeschenke für Hoteliers, Erben großer Vermögen und besserverdienende Familien fließen. Die Fehlentscheidung für das Gesetz wirkte sich auf dem zweiten Bildungsgipfel am Mittwoch als Bildungsentschleunigungsgesetz aus. Feste Finanzierungszusagen für den Ausbau der von Merkel deklarierten „Bildungsrepublik“ sind erneut ausgeblieben. Damit wurde die Zusage des Gipfels im letzten Jahr nicht eingehalten. Ministerin Schavan soll endlich anstatt vollmundiger Ankündigungen Konzepte mit konkreten Finanzierungsschritten vorlegen. Dazu kann sie auch gern von unserem Antrag abschreiben, den wir gestern eingebracht haben. Skandalös ist auch, dass die neue Arbeitsministerin von der Leyen die Betreuung der Arbeitslosen aus einer Hand in den Job-Centern aufgeben will, auch gegen die Kritik der CDU-geführten Länder. Die Betroffenen müssen dann zwei Behörden informieren und die Bürokratiekosten steigen.

Mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das im Bundestag bereits vor zwei Wochen mit schwarz-gelber Mehrheit beschlossen wurde, geht die Regierung ein unverantwortliches finanzpolitisches Abenteuer ein. Durch das Gesetz droht keine Förderung, sondern eine

Hemmung des Wachstums. Es befriedigt Klientelwünsche, führt neue Subventionen und Privilegien ein. 8,5 Milliarden Euro „Entlastungen“ soll diese Gesetz bringen – de facto also Geld, das fehlt. Dieses Geschäft geht direkt zu Lasten der Investitionen in Bildung und Forschung und zu Lasten unserer Kinder und Enkel, die schlechtere Kindergärten und Schulen, dafür aber mehr Schulden und Zinsen bekommen. Für meine Fraktion ist klar: Das einzige, was sich durch dieses Gesetz beschleunigen wird, ist das Wachstum des Schuldenberges.

KLIMAGIPFEL - HANDELN FÜRS KLIMA

Von der Klimakonferenz in Kopenhagen erhoffen wir uns für heute Nacht oder morgen ein Ergebnis, das in die richtige Richtung weist. Die Lage ist verfahren. Obama muss für die USA weitere Zugeständnisse machen, um China und andere Staaten mitzuziehen. Die Kanzlerin ist gefordert für Deutschland und die EU als Vorreiterin eine treibende Kraft in der letzten entscheidenden Runde zu sein. Hier muss sie bei den Schwellen- und Entwicklungsländern wieder gutmachen, was Minister Niebel an Vertrauen verspielt hat. Dazu gehört auch, dass sie sich international und national für die Einführung von einer Finanztransaktionssteuer einsetzt, die auch die Entwicklungsländer entlasten soll.

Hier weiteres dazu aus meiner Fraktion:

Der „Copenhagen Diagnosis“-Bericht vom 24. November 2009 hat es noch einmal dramatisch verdeutlicht: Wir müssen handeln und zwar weltweit. Die Industrienationen müssen voran schreiten, denn nur dann werden Schwellen- und Entwicklungsländer bereit sein, ihren Teil der globalen Verantwortung zu tragen. Deutschland ist in den vergangenen Jahren auch durch unsere Klimaschutzpolitik zu einem glaubwürdigen Vorreiter geworden, der die Energiewende nicht nur anderen predigt, sondern auch selbst entschlossen vorangeht. Genau das setzt Schwarz-Gelb jetzt aufs Spiel. Bei der Frage der Finanzhilfen für die Entwicklungsländer soll jetzt Klimaschutz mit der Armutsbekämpfung aufgerechnet werden. Das hat massive Kritik aus Afrika an der Haltung von Angela Merkel hervorgerufen. Aber auch in Deutschland probt Schwarz-Gelb die Rolle rückwärts: Am Mittwoch will der Landtag von Nordrhein-Westfalen die Klimaschutzvorgaben aus dem Landesentwicklungsgesetz streichen. Ein fatales Signal in der Woche von Kopenhagen. Es erinnert an das Jahr 2000, als Angela Merkel eine CDU-Kampagne gegen unsere ökologische Steuerreform anführte und mit der Energiewende eine der wichtigsten Weichenstellungen für Klimaschutz, für sichere Energie und für die Arbeitsplätze von morgen bekämpfte.

Wir fordern die Bundesregierung auf, mit allem Nachdruck für einen Erfolg von Kopenhagen zu arbeiten. Dazu gehört ganz zentral, den Weg zu einem rechtlich verbindlichen Abkommen zu ebnen, mit dem das Ziel erreicht werden kann, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen.

Wir setzen uns mit aller Kraft für die globale Verantwortung Deutschlands ein. Dazu gehört ganz

zentral auch die Fortsetzung der Abrüstungspolitik. Seit dem Amtsantritt des US-Präsidenten Obama, der vergangene Woche in Oslo den Friedensnobelpreis entgegennahm, sind die Hoffnungen auf Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung gestiegen. Obamas Bekenntnis zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt eröffnet neue Chancen, vorhandene Arsenale zu reduzieren, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern und die Kontrolle von Spaltmaterial zu verschärfen. Die SPD hat in Regierungsverantwortung die Entspannungspolitik der siebziger Jahre maßgeblich geprägt. Der Einsatz für Abrüstung und Rüstungskontrolle gehört seither zu den Markenzeichen deutscher Außenpolitik. In dieser Tradition haben wir – wiederum in Verantwortung für deutsche Außenpolitik – in den letzten Jahren systematisch und mit großem Einsatz für einen neuen Anlauf bei der nuklearen Abrüstung geworben. Im nächsten Jahr kommt es nun zur Bewährungsprobe. Die nächste Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Mai 2010 muss ein Erfolg werden. Wir haben die realistische Chance auf eine neue Dynamik atomarer Abrüstung. Deutschland muss sich für eine atomwaffenfreie Welt engagieren.

Mehr dazu unter:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,50192,00.html

BILDUNGSGIPFEL

Ein andere Gipfel fand diese Woche auch noch statt: Der Bildungsgipfel – mehr dazu finden Sie hier:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,50216,00.html

AFGHANISTAN

Untersuchungsausschuss und ISAF Fortsetzung mit klarem Fahrplan

Das Thema, dass in Moment im Parlament und in den Medien fast bestimmend scheint, ist die „Kundus-Affäre“. Fast täglich tauchen mehr Fragen auf, als Verteidigungsminister zu Guttenberg beantworten will oder kann. Die Bundesregierung muss das Informationschaos in der Kundus-Affäre schnell und rückhaltlos aufklären. Dazu gehört auch die Frage, wann, in welchem Umfang und bis zu welcher Ebene das Kanzleramt in die Vorgänge eingeweiht und an Entscheidungen beteiligt war.

Wir haben die Vorgänge in Kundus zu keinem Zeitpunkt als angemessen bezeichnet und zivile Opfer nie bestritten. Ganz im Gegenteil: Wir haben immer gesagt, dass man nach diesem Luftschlag nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Wenn bei diesem Luftangriff bewusst eine große Zahl ziviler Opfer in Kauf genommen wurde, um Angehörige der Taliban zu töten, stand dieses Vorgehen im Widerspruch zu den NATO-Einsatzregeln und zu unserer erklärten Politik. Es geht um die Legitimation des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan.

KUNDUS-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Um die Vorgänge aufzuklären, hat sich meine Fraktion auch dafür eingesetzt, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Hier weitere Infos dazu:

Am 16. Dezember 2009 hat sich der Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen in Kundus und der darauf folgenden Informationspolitik aus dem Verteidigungsausschuss heraus konstituiert. Vorsitzende ist Susanne Kastner. In der anschließenden Sitzung lagen bereits weit über 100 Beweisanträge vor. Davon hat die Regierung 28 Anträge zurückgestellt. Insgesamt sollen bislang rund 50 Zeugen befragt werden. Eine Reihenfolge, nach der sie geladen werden, hat der Untersuchungsausschuss nicht beschlossen. Sollte in der kommenden Sitzung des Ausschusses in der Haushaltswoche im Januar keine Einigung erzielt werden, so greift das Reißverschlussystem für die Zeugenladung. Dies bedeutet, dass der/die erste Zeuge/in von den Regierungsfractionen benannt wird und der/die darauf folgende von der Opposition. Die Befragungen wichtiger Zeugen werden, wie von SPD und Grünen gefordert, öffentlich stattfinden. Nur wenn es um konkrete militärische Vorgänge geht, tagt der Untersuchungsausschuss nicht öffentlich. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses wird wenigstens ein Jahr in Anspruch nehmen.

Die SPD-Fraktion will, dass bereits im Januar Verteidigungsminister Guttenberg und die Kanzlerin dem Ausschuss Rede und Antwort stehen. Und das möglichst noch vor der Afghanistan-Konferenz in London am 28. Januar. Auch sollen der von Guttenberg entlassene ehemalige Generalinspektor Wolfgang Schneiderhan sowie der ebenfalls von ihm geschasste ehemalige Staatssekretär Peter Wichert zu den Vorgängen am und nach dem 4. September, aber auch zu denen nach dem Amtsantritt von Guttenberg, befragt werden. Außerdem will die SPD Ex-Verteidigungsminister Franz Josef Jung, der am 27. November auf Grund der Kundus-Vorgänge zurücktreten musste, und Oberst Georg Klein, der den Luftangriff am 4. September befohlen hatte, im Untersuchungsausschuss anhören. Zudem fordern SPD und Grünen, dass die Bundesregierung dem Parlament endlich einen eigenständigen Bericht über die Vorgänge um den Luftangriff bei Kundus vorlegt. Diesen ist die Kanzlerin trotz Ankündigung seit langem schuldig geblieben.

VERLÄNGERUNG DES AFGHANISTAN-EINSATZES

Der Bundestag hat am Donnerstag, den 4. Dezember 2009, die Fortsetzung der Beteiligung am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) beschlossen. Dies umfasst - unverändert zur letzten Mandatsverlängerung im Herbst 2008 - den Einsatz von maximal 4.500 Soldaten. Die Kosten für den Einsatz sollen von derzeit 590 Millionen Euro auf 821 Millionen Euro steigen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihre Entscheidung sorgfältig vorbereitet und hat am 30. November das deutsche Engagement in Afghanistan im Rahmen eines fraktionsoffenen Abends mit Botschafter Bernd Mützelburg, dem Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, diskutiert.

In der vergangenen Wahlperiode hat sich die Task-Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion bei der kritischen und konstruktiven Begleitung unseres Engagements in Afghanistan bewährt. Deshalb werden wir auch in der 17. Wahlperiode erneut eine solche Task-Force einsetzen. Diese soll von den Abgeordneten Christoph Strässer und Johannes Pflug geleitet werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich für die Fortsetzung des Deutschen Engagements in Afghanistan im Rahmen von ISAF ausgesprochen. Wir müssen deutlich machen, dass wir zu unserer Verantwortung gegenüber unseren Verbündeten und der afghanischen Bevölkerung stehen. Ein Rückzug zum jetzigen Zeitpunkt hätte fatale Folgen für unsere Sicherheit und die Menschen in Afghanistan, die nach 30 Jahren Krieg und Zerstörung ein Recht auf Frieden und ein geordnetes Leben haben.

Ich bin jedoch dafür, dass wir einen geordneten Rückzug in die Wege leiten und Zeitpläne entwerfen, um diesen umzusetzen. Vor diesem Hintergrund habe auch ich für die Fortsetzung gestimmt. Vielleicht haben Sie auch mitbekommen, was dies zur Folge hatte: In der darauf folgenden Nacht wurde mein Wahlkreisbüro in Charlottenburg mit Farbbeuteln beworfen und mit Schmierereien „verziert“. Eine Bekennermail einer Gruppe „gegenkrieg2009“ ging beim SPD-Landesverband ein, der Staatsschutz nahm die Ermittlungen auf. Zum Bundeswehreinsatz gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Die ernsthaften Bedenken kenne ich aus vielen Diskussionen und diesen Diskussionen stelle ich mich auch. Aber Farbbeutel und Schmierereien ersetzen keine Argumente und haben in unserer Demokratie nichts zu suchen!

Termine und Veranstaltungen

Jetzt bewerben: Bundesweiter Schüler- und Jugendwettbewerb „Ohne Moos nix los“ gestartet

Ab sofort können sich Jugendliche, Schulen, Klassen und Jugendverbände in Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf für den bundesweiten Wettbewerb „Ohne Moos nix los“ bewerben. Der erstmals stattfindende Wettbewerb ruft junge Menschen auf, sich kritisch und kreativ mit den Zusammenhängen von Konsum, Geld, Schulden und Armut auseinanderzusetzen.

Viele Jugendliche kennen das Problem, dass das Taschengeld nicht reicht. Leider geraten auch immer mehr junge Menschen in die Schulden- und Armutsfalle. Der Wettbewerb setzt genau hier an und rückt die finanzielle Bildung von Schülerinnen und Schülern in den Fokus. Rund 3 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik sind überschuldet - und immer mehr Jugendliche geraten in die Schuldenfalle. Kinder und Jugendliche sind in einer Gesellschaft mit vielfältigen Konsumangeboten und schwer verständlichen Finanzprodukten oft überfordert.

Die Anmeldung ist online unter www.awo-schuelerwettbewerb.org möglich, Bewerbungsschluss ist der 30. Juni 2010. Jedes Bundesland bekommt eine eigene Jury. Pro Bundesland soll es neun Preisträger geben, von den Siegerinnen und Siegern der Bundesländer werden in einem feierlichen Festakt Ende des Jahres 2010 die besten drei Beiträge je Altersstufe ausgezeichnet. Zusätzlich wird je Altersstufe ein Publikumssieger prämiert, der aus der Abstimmung im Internet hervorgeht. Der Wettbewerb ist ein Beitrag der AWO zum „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010“.

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Freitag, den 8. Januar 2010 von 16.30 bis 17.30 Uhr statt. Wenn Sie einen Termin haben möchte, melden Sie sich bitte in meinem Büro – unter 030 – 227 77262 an.

WAHLKREISBÜRO GESCHLOSSEN

Mein Wahlkreisbüro und das SPD-Bürgerbüro bleiben vom 21. Dezember 2009 bis zum 10. Januar 2010 geschlossen. Ab 11. Januar ist das Büro wie üblich Montag und Donnerstag von 12.00 bis 16.00 Uhr und Dienstag und Mittwoch von 10.00 bis 14.00 Uhr geöffnet.

Mein Bundestagsbüro ist ab dem 4. Januar 2010 wieder für Sie da!

ADVENTSKALENDER ONLINE

Haben Sie es schon entdeckt? Auf meiner Homepage finden Sie seit dem 1. Dezember auf der Startseite <http://www.petra-merkel.de> einen Adventskalender. Jeden Tag können Sie ein Türchen öffnen und finden einen Veranstaltungstipp für Charlottenburg-Wilmersdorf, ein Rezept für die Adventszeit oder Vorweihnachtliche Überraschungen. Klicken Sie mal rein und lassen Sie sich die letzten Tage bis zum 24. Dezember täglich mit einem neuen Tipp aus meinem Wahlkreis verkürzen.

Ich wünsche Ihnen friedliche Weihnachtstage, einen guten Rutsch und Gesundheit und alles Gute für das nächste Jahr!

Ihre Petra Merkel

